Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung in der Vormerkstelle des Landes Schleswig-Holstein

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen

Ministerium für Inneres, Kommunales,

Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

E-Mail: Poststelle@im.landsh.de

Telefon: 0431/988-0

Telefax: 0431/988-2833

www.schleswig-holstein.de/Innenministerium

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte im Ministerium für Inneres, Kommunales,

Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

E-Mail: datenschutz@im.landsh.de

Die Kontaktdaten finden Sie auch auf www.schleswig-holstein.de/Innenministerium oder unter folgendem Link www.schleswig-holstein.de/Datenschutz-Innenministerium

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Das Ministerium verarbeitet personenbezogene Daten der Verfahrensbeteiligten, ihrer Vertreter sowie Dritter, soweit diese Daten von den Beteiligten mitgeteilt oder durch Ermittlungen des Ministeriums bekannt werden. Die Daten werden zum Zwecke der Durchführung des Verwaltungsverfahrens (Antragsbearbeitung, Beschwerde, Beratung, Information) verarbeitet.

Ihre Daten werden ausschließlich im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihrer Bewerbung und der Durchführung des Eingliederungsverfahrens für die Einstellung von ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten auf eine Vorbehaltsstelle in den öffentlichen Dienst im Zuständigkeitsbereich der Vormerkstelle des Landes Schleswig-Holsteins verarbeitet.

Es handelt sich um personenbezogene Daten der obengenannten Personen, die zum **Zweck** der Registrierung und Durchführung des Vermittlungsverfahrens erhoben wurden, wie Name, Anschrift, Geburtsdatum, Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Zulassungsbescheinigung, Zeugnisse und Nachweise über berufliche Qualifikationen oder sonstige im Rahmen der Registrierung mitgeteilten personenbezogenen Daten.
Die Registrierung bei der Vormerkstelle erfolgt antragsbezogen gemäß dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) sowie der Stellenvorbehaltsverordnung (StVorV) und bedarf der Mitwirkung der anspruchsberechtigten Soldatinnen und Soldaten, insbesondere durch die Bereitstellung der obengenannten Daten.
Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann das Verwaltungsverfahren nicht durchgeführt werden.

Zur Bearbeitung Ihres Anliegens werden insbesondere folgende **personenbezogene Daten** bei uns gespeichert:

- Personendaten (Name, Vorname), Anschrift
- Telefonnummer, E-Mail-Adresse (ggf. IP-Adresse)
- Geburtsdatum
- Zulassungsbescheinigung
- Zeugnisse und Nachweise über berufliche Qualifikationen
- Angaben im Lebenslauf oder der sonstigen eingereichten Registrierungs- / Bewerbungsunterlagen
- ggf. Schwerbehinderungsgrad
- ggf. weitere Informationen zum Sachverhalt.

Die **Kategorien personenbezogener Daten**, die verarbeitet werden, hängen von den Erfordernissen des jeweiligen Verfahrens ab. Im Regelfall werden lediglich die Daten des Antragsstellers/Bewerbers und im Einzelfall noch von diesem im Rahmen der Registrierung oder des weiteren Verfahrens mitgeteilte Daten von Dritten (z.B. Prüfer, Zertifikatausssteller) verarbeitet.

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind das Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG), die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und das Soldatenversorgungsgesetz (SVG) sowie die Stellenvorbehaltsverordnung (StVorV). Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) DSGVO (Rechtmäßigkeit) i.V. m. § 3 Abs. 1 LDSG (Zulässigkeit) und §§ 10 Abs. 4, 10a Abs. 2 SVG i.V.m. §§ 4 Abs. 4, 5, 6, 7ff. StVorV (Aufgabenverpflichtung).

Soweit im Rahmen der Registrierung und Bewerbung auch besondere Kategorien personenbezogener Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie genetische oder biometrische Daten, die zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person mitgeteilt

werden, erfolgt die Verarbeitung auf der Rechtsgrundlage von Art. 9 Abs. 2 Buchst. a), DSGVO.

Datenempfänger und -weitergabe

Innerhalb der verfahrensführenden Stelle erhalten nur diejenigen Personen Zugriff auf personenbezogene Daten, die diese für die Zwecke der Durchführung dieses Verwaltungsverfahrens und der Erlaubniserteilung benötigen.

Die personenbezogenen Daten werden zumindest auszugsweise von der verfahrensführenden Stelle an

- öffentliche Stellen des Landes Schleswig-Holstein, als potentielle(r) Einstellungsbehörden, Arbeitgeber(in) (z.B. Ministerien, Kommunen, andere Landesbehörden),
- Karrierecenter der Bundeswehr,
- IT-Dienstleister (aktuell: Dataport AöR, Altenholz) im Rahmen der elektronischen Aktenführung und Nutzung einer Datenbank im Rahmen der Auftragsverarbeitung

für die Zwecke des Verwaltungsverfahrens übermittelt und von diesen hierfür verarbeitet. Eine solche Übermittlung erfolgt auf Grundlage der Einwilligung der Bewerberin oder des Bewerbers und gesetzlicher Bestimmungen.

Eine Weitergabe Ihrer Daten zu sonstigen kommerziellen und nicht kommerziellen Zwecken erfolgt nicht.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die Daten werden mindestens bis zum endgültigen Abschluss des Verfahrens gespeichert. Die Fristen für die Löschung ergeben sich aus der Aktenordnung für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung (AktenO). Soweit nicht besondere Bestimmungen kürzere oder längere Aufbewahrungsfristen vorsehen, beträgt die Aufbewahrungsfrist fünf Jahre. Nach Abschluss des Verfahrens besteht die Möglichkeit, die Daten für im öffentlichen Interesse liegende Zwecke nach dem Landesarchivgesetz zu archivieren.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, ihre erteilte Einwilligung nach Art. 7 Abs. 1 DSGVO jederzeit nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtsmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt und gilt somit nur für die Zukunft.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Artikel 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die

Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Artikel 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Artikel 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Artikel 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Jede betroffene Person hat zudem das **Recht auf Beschwerde** bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden (Artikel 77 DS-GVO). Wenn Sie sich an die Aufsichtsbehörde wenden möchten, können Sie diese wie folgt erreichen:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz (ULD) Schleswig-Holstein

Landesbeauftragte für Datenschutz (LfD SH)

Holstenstraße 98

24103 Kiel

Telefon: 0431 988 1200

Fax: 0431 988 1223

E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Kontaktformular: https://www.datenschutzzentrum.de/meldungen/

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der Landesbeauftragten unter https://www.datenschutzzentrum.de/ entnehmen.